

Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuller-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Verbandes

Ar. 25 / 42. Jahrgang	Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 30 Pf.	Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II Fernsprecher: 37 Jannowitz 2120	Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos	Berlin, 22. Juni 1928
-----------------------	---	---	---	-----------------------

„Einen Schritt vorwärts.“

Das uns gesteckte Ziel in diesem Frühjahr, auch in den Orten Tarifverträge für das Tapezierergewerbe zu schaffen, wo bisher durch verschiedene Umstände ein Abschluss nicht möglich war, ist im allgemeinen erreicht worden. Erreicht trotz eines nicht besonderen Geschäftsganges im Gewerbe. Die aufwärtssteigende Linie der Konjunktur, die im Herbst 1927 vorhanden war, hat sich gleich zu Anfang dieses Jahres nach unten gewendet. Die Erwartung, daß sie sich in diesem Frühjahr wieder nach oben bewegen werde, wurde nicht erfüllt. Die Arbeitslosigkeit im Tapezierergewerbe war Ende März 1928 nur unwesentlich gegen Dezember 1927 zurückgegangen. Immerhin war sie geringer als zur gleichen Zeit im Vorjahre.

Trotzdem sind wir ungehindert zum Vormarsch übergegangen. Die Neuschaffung oder der jeweilige Ablauf von Verträgen bedingt im Tapezierergewerbe zugleich, daß das bisher Bestehende neu wieder erfüllt werden muß. Abgesehen von einer Anzahl Orte, die seit Jahren mit den in Betracht kommenden Unternehmerverbänden sänftig ohne allzu große Reibungen zu tariflichen Vereinbarungen kommen, sind Kreise vorhanden, die meistens von den örtlichen Annungen verortet werden, die nicht genug in Reaktion stehen können. Nur einige Proben von den Mitten dieser Unterhändler seien hier wiedergegeben. So wurde uns aus einem Ort nahe der Wasserfront mitgeteilt, daß weder Lohn- noch Tarifabschlüsse gemacht werden könnten, man wolle doch nur die Wahlen dadurch beeinflussen. Dabei handelt es sich um einen Ort mit circa 30 Kollegen. Alle Verhandlungsinstanzen wurden unsererseits durchgegangen, aber wir kamen wegen der Rückständigkeit der Unternehmer nicht am Streit vorbei. Erst nach einigen Tagen des Auslands war der Erfolg unser. In einer mecklenburgischen Stadt hatten uns die Innungsgrößen nur die schlagstündige Arbeitswoche angetragen und sonstige Verschlechterungen mehr. In einem großen Orte wollten die biedereren Innungsmeister deswegen nicht den Lohn aufbessern, weil sie noch ihren Argumenten nicht die Diskussion heraufbeschwören wollten. Es ist mitunter schwer zu unterscheiden, wo das Reich der Einfältigkeit aufhört und das der Geilheit anfängt. Man wird den Beispielen nicht los, daß diese Leute alles aufwenden, um mit solchen Märgen um die notwendige Lohnerhöhung über ein geordnetes Tarifwesen heranzukommen. Es ist erstaunlich, wie wenig Sachkenntnis in manchen Innungsstellen über Tarifwesen, Arbeitsrecht usw. bei gelegentlichen Verhandlungen zutage tritt.

Neben den Kämpfen in den Mittelstädten waren die Ausstände in Mannheim-Ludwigshafen und Köln von längerer Dauer. Die Kollegenschaft Mannheim, die ebenfalls dem baltischen Tarifvertrag unterliegt, legte die Arbeit deshalb nieder, weil seitens der Unternehmerrseite keine Lohnerhöhung ausbleibt wurde. Auch der Schiedspruch des Lohnarbiters legte die alten Löhne wiederum auf eine längere Dauer fest. Nach vierwöchigem Ausstand gelang es, eine entsprechende Lohnerhöhung für Mannheim-Ludwigshafen zu erreichen. Auch erfolgte später durch Schiedspruch eine Erhöhung der Löhne für die übrigen baltischen Orte. Mit großer Hartnäckigkeit wurde der Ausstand in Köln geführt. Wie immer in solchen Städten, wo das Klein- und Kleinmeisterum stark vorhanden ist, bot für diese durch den Ausstand willkommene Arbeitslosigkeit. In der Stapelmöbelbranche nisteten sich im Verlauf der Streikzeit untaugliche Elemente ein und leiteten den Kampf. Trotzdem gelang es, eine beträchtliche Erhöhung der Löhne durchzubringen. Auch ein Vertrag wurde wieder abgeschlossen. Der Ausstand in Düsseldorf führte zu Abmachungen hinsichtlich der Ferien und der Löhne. Der hart umstrittene Punkt in diesem Kampf, die sechsundvierzigstündige Arbeitszeit, blieb in den Verhandlungen bestehen, trotzdem die Arbeitgeber alles versuchten, diese auf 48 Stunden im Staatsgebiet Bremen. Neben dem Tarifabschluss im Staatsgebiet Bremen, neben demselbenherfort gelang es auch Hemmelingen, wo ein größerer Polierbetrieb in Frage kommt, mit unter den Vertrag zu bringen. Auch in Hamburg konnte der bisher geltende Tarifvertrag durch weitere Eingemeindung zum Staatsgebiet Hamburg für ein größeres umfangreiches Gebiet vereinbart werden. Der Tarifvertrag Eberfeld-Barmen-Bergisch-Land umfaßt ebenfalls eine Reihe von Orten,

sodas größere Gebiete, die dazwischen liegen, neben den Großstädten erlaßt werden. Der Städtetarif Nürnberg-Fürth wurde wiederum erneuert. Die Ausdehnung des Tarifwesens im Tapezierergewerbe hat dadurch, daß größere Gebiete und nicht nur einzelne Städte erfaßt werden, eine Bereicherung erfahren. Zurzeit bestehen 7 Bezirksstarife, die den Vorteil haben, daß auch die mittleren und kleineren Orte, die sonst wegen der geringen Zahl der Beschäftigten keinen Tarif abschließen konnten, ebenfalls in den Geltungsbereich gezogen werden. In diesem Sinne liegt noch ein weites Feld der Tätigkeit vor uns. In einer Reihe von Bezirken läßt sich mit nachhaltender Energie ein mehr umfangreiches Tarifgebiet schaffen. Viel Arbeit und Zeit würde dadurch gespart werden, wenn man stets die vielen Einzelabschlüsse, wie z. B. in Mitteldeutschland, zu größeren Bezirksverträgen zusammenschließt. Auch die Entwicklung, die sich in letzter Zeit im Tapezierergewerbe in schnellerem Tempo als bisher auswirkt, erheißt, daß die Spezialbranchen, ob es sich um Ratragen, Stapelmöbelbetriebe oder sonst dergl. handelt, mit einbezogen werden. Die Innungen als Kontrahenten sind nicht immer allein diejenigen, die die Produktion am Orte beherrschen.

Uns kann nur daran liegen, auch die Spezialbetriebe, die oft in kleineren und mittleren Orten liegen, mit zu erfassen. Nicht nur die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Facharbeiter, sondern die der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen in den Stapelbetrieben müssen wir zu regeln suchen, und die vorhandenen ausbauen. Außer den erwähnten Regelungen haben eine Reihe weiterer Orte Tarifabschlüsse gefällig, so Braunschweig, das jahrelang gleich Breslau zu den wenigen Großstädten gehörte, die keinen Tarifvertrag hatten. Groß war der Widerstand bei den Breslauer Innungsgrößen, und es bedurfte aller Anstrengung unsererseits, um den harten Willen dieser Herren zu brechen. Mit großer Tatkraft wurde von den Funktionären für die Schaffung des Vertrages gerungen. Ein schweres Stück Arbeit in Breslau. Seit ist der Tarif vorhanden. Eine friedliche Vereinbarung war durch das Verhalten der Innungsvertreter nicht möglich. Deshalb ist die Rechtsverbindlichkeit vom Schlichter für Niederschließen am 5. Juni 1928 ausgesprochen worden. Der Vertrag und die Löhne haben dadurch Rechtskraft erhalten. Mit allen Rechtsmitteln müssen wir jetzt bei den rückständigen Unternehmern die Tarif- und Lohnabkommen durchsetzen.

In einer Reihe von Orten, so in Bielefeld, Eisenach, Sena, Kiel, Königsberg, Magdeburg, konnten Verträge ohne größere Reibungen vereinbart werden. In Greifswald gelang es in Handumdring, die am Ort anhängigen Kollegen wieder zu organisieren und Lohn- und Mantelvertrag abzuschließen. Das Rabenauer Stuhlgewerbe wurde gleichfalls unter tarifliche Bedingungen gebracht, nachdem die Dresdener Ortsverwaltung die nicht geringe Zahl der Beschäftigten mit großer Mühe unserem Verband wieder zugeführt hatte. Neben den bereits genannten Orten und Bezirken kommen hier die Vertragsabschlüsse von Klostod und Wilhelmshafen hinzu. Insgesamt wurden innerhalb der letzten Monate dieses Jahres 17 Verträge für etwa 4000 Berufsangehörige abgeschlossen. Ferner wurde durch längeren Ausstand der Berliner Einleum- und Teppichlegerart samt einer Lohnerhöhung abgeschlossen. Zurzeit steht nur noch eine Großstadt aus, die aber noch durch Vereinbarung eines Vertrages folgen dürfte.

Das Frühjahr 1928 hat zu den bereits vorhandenen Verträgen im Tapezierergewerbe weitere Abschlüsse gebracht und das Vertragswesen mit nur wenigen Ausnahmen über das ganze Reich gespannt. Die wenigen Mittelstädte, die auf Grund der Beschäftigtenzahlen noch unter vertragliche Bedingungen gebracht werden müssen, werden für uns die Aufgabe der kommenden Monate sein. Neben für dieses erreicht, muß der weitere Ausbau des sozialen Gehaltes unserer Verträge das nächste Ziel sein. Nur mit zäher Ausdauer werden wir das erreichen mit Unterstützung aller Kollegen. Unsere Funktionäre, die alles daran setzen, vorwärts zu kommen, haben ein großes Stück Arbeit geleistet. Ohne Unterstützung der Mitglieder ist es schwer, weiter vorzutreiben. Geschlossenes Eintreten für unsere wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen, das ist unser Ziel.

Sigung des erweiterten Vorstandes.

Am 10. Juni kam der erweiterte Vorstand zusammen. Zur Beratung standen nachstehende Punkte:

1. Berichte.
2. Die statistischen Aufgaben des Verbandes.
3. Einführung der Invalidenunterstützung in unserem Verband.
4. Diverse Anträge und Verschiedenes.

Nach Einführung des neu gewählten Vertreters für Mitteldeutschland, des Kollegen Seibt aus Halle, berichteten die Kollegen Blum, Gerhardt und Riebel über die Verbandstätigkeit seit Jahresanfang. Die Entwicklung war zufriedenstellend. Die Mitgliederzahl hat zugenommen und ist die Dreißigttausend überschritten. Auch die Verbandsfinanzen haben sich gebessert und betrug das Vermögen der Hauptkasse am Ende des ersten Quartals annähernd 600 000 Mt. Von einer allgemeinen Frühjahrswerbung wurde abgesehen, da die Tarif- und Lohnbewegungen und die stattgefundenen Reichstags- und Landtagswahlen die agitatorisch befähigten Kräfte sehr stark in Anspruch genommen haben. Die diesjährigen Bewegungen sind schnell und zielbewußter als in den vorhergehenden Jahren erliebt worden. Ueber die Entwicklung der Bewegungen in der Lederwarenindustrie und im Tapezierergewerbe ist bereits an anderer Stelle ausführlich berichtet worden. Bei den Tapezieren hat das Bestreben, möglichst für alle Städte von Bedeutung tarifliche Bindungen zu schaffen, gute Erfolge gezeitigt. Zurzeit arbeiten nur noch die Kollegen einzelner Orte tariflos. Der größte Teil der Tarif- und Lohnverhandlungen wurde auf dem Verbandswege erliebt. In einer Reihe von Orten mußten die Kollegen zur Arbeitsniederlegung schreiten, doch konnten alle Streiks erfolgreich beendet werden. Sehr stark wurden die Kollegen durch die Kämpfe in der Metallindustrie in Anspruch genommen. Die Tarifabschlüsse in der Lederwarenindustrie haben eine weitere Degeneration gebracht. Es bestehen zurzeit 10 Bezirksstarife, 3 Ortsstarife und 1 Betriebsstarif. Aus dieser Zersplitterung darf dem Verband keine Schädigung erwachsen. Die Fühlungnahme und Berichterstattung an die Verbandsleitung muß besser werden.

Sehr eingehend behandelt der Bericht die fleistraurigen Verhältnisse in der Offenbacher Heimindustrie. Das Streben der Industrie geht nach größerer Heranziehung billiger weiblicher Arbeitskräfte und nach dem weiteren Ausbau der Heimindustrie. Die großen Warenhauskonzerne gehen dazu über, die Lederwaren direkt beim Heimarbeiter aufzukaufen und in Auftrag zu geben. Dadurch muß die gesamte Industrie ungeheuren Schäden erleiden.

Sehr groß war die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit unserer Verbandsmitglieder. Wir stehen weit über dem Reichsdurchschnitt aller Gewerkschaften Deutschlands. Zur Vertragsfrage führt der Kassierer Kluge, daß sich immer noch ein erheblicher Teil der Kollegen und Kolleginnen weigert, die statutarischen Beiträge in der vorgeschriebenen Höhe zu entrichten. Sehr viel Schutz trägt daran die Einstellung der in Betracht kommenden Ortsverwaltungen, die es an der nötigen Energie und Auffklärung fehlen lassen. Die stattgefundenen Lohnbewegungen müssen für alle Orte den Anstoß geben zur Ueberprüfung der bisher geleisteten Beiträge, um dieselben in Einklang mit dem Statut zu bringen.

Die neue Bundeschule des ADGB wird in Bernau bei Berlin errichtet und ist der Neubau in Angriff genommen. Die Finanzierung durch die Gewerkschaften ist gewährleistet. In dieser Schule sollen Verbandsfunktionäre aus den Betrieben in kurzen Kursen für die Gewerkschaftsbewegung geschult werden.

Für den kommenden Herbst ist, wie im Vorjahr, eine allgemeine Herbstwerbung geplant. Der bevorstehende Gewerkschaftskongress und der im nächsten Jahre stattfindende Verbandstag werden hoffentlich die Bewegung weiter beleben.

In der anschließenden Aussprache wird die unzureichende Beitragszahlung in einer Anzahl Verwaltungsteilen sehr abfällig kritisiert. Viele Mitglieder stoßen sich daran, daß die Kollegen mit verhältnismäßig hohen Löhnen ebenfalls nur 1,20 RM. pro Woche Beitrag zahlen, also noch nicht einen Stundenlohn pro Hauptbeitrag. Gegen die Einstellung vieler Arbeitgeber, besonders in der Lederwarenindustrie, die sich weigern, bei Lohnerhöhungen die Zulagen der Zeitschaffarbeiter analog auch auf die Akkordarbeiten zu übertragen, wird schärfster Protest erhoben. Es muß für die Zukunft alles getan werden, um diesen Mißstand zu beseitigen. Der Vertreter des Bezirks Offenbach schildert die missliche Lage in der dortigen Industrie. Die Arbeitslosigkeit ist sehr groß. Trotzdem hat die Verschleppung der Aufträge in die Heimarbeit auf dem flachen Lande in letzter Zeit ein erschreckendes Ausmaß angenommen. Es ist alles getan worden, um Auffklärung zu

Wir haben einen Schritt nach vorn getan — wir wollen weiter vorwärts!

verbreiten und Fühlung mit den Heimarbeitern zu bekommen.

Im Verlauf der weiteren Aussprache wird die Einstellung der Bezirksleitungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes kritisiert.

Zu Punkt 2 - Statistik - referiert Kollege Gerhardt. Keiner schildert die Umstellungen in allen Branchen unseres Verbandes.

Keiner schildert die Umstellungen in allen Branchen unseres Verbandes. Doch sind wir vorwiegend Facharbeiter, aber der Produktionsprozess befindet sich in einer ständigen Entwicklung.

In der Debatte über diese Frage wird aus den Reihen der Anwesenden eine Anzahl wichtiger Anregungen gegeben. Es wird darauf verwiesen, daß die Fragen einfach gehalten werden müssen.

In seinem Schlusswort sagt der Referent die Berücksichtigung aller der wertvollen Anregungen zu.

Zu Punkt 3 - Einführung der Invalidenunterstützung in unserem Verband - spricht Kollege Blum.

Er geht auf die Entwicklung der Gewerkschaften und die Einführung der sozialen Unterhaltungen ein. Erst die Einführung dieser Bindemittel hat das Organisationsgebilde fester gegigt.

Nach anschließender Aussprache wird gegen eine Stimme beschlossen, den Hauptvorstand mit einer Vorlage für Einführung der Invalidenunterstützung zu beauftragen.

Zu Punkt 4 berichtet Kollege Blum über die Aufgaben des nächsten Gewerkschaftskongresses.

Aus alten Chroniken.

Die Artikel des Dresdener Scharfrichters vom Jahre 1548.

In unserer Zeit, da man mit Flugzeugen den Atlantik überquert, und da man bereits wesentliche Fortschritte gemacht hat, um ein Raetenflugzeug zu bauen, mit dem man nicht nur in die umgebende Luftschicht eindringen kann, sondern mit dem man die Pläne so weit spannt, um dabei vielleicht auch den anderen Planeten Besuche abzustatten, ist es erklärlich, daß man an das „Gestern“ sehr wenig zurückdenkt.

In einem alten Dresdener Stadtbuche vom Jahre 1549, in dem „Handwerker und städtischer Empirer“ zusammengestellt sind, finden sich auch die Scharfrichterartikel, die ein breites Zeugnis für die Kulturverbände, verbunden mit seiner starken Wichtigkeit der Menschen damaliger Zeit abgeben.

Wir müssen von vornherein in Ermägung geben, daß mit dem immer weiteren Aufblühen der Städte auch das Handwerkertum erstarbte.

werden gewählt die Kollegen Peter Bium und Paul Reichmann.

Kollege Riedel berichtet über die Entstehung und das Wirken der Städtischen Kommission für die Heeresausstattungsindustrie. Ein Teil der Fabriken trägt Zeichen, die Zuschläge zu den Vorkörpern annehmen dem in Berlin abgeleiteten Vorkommen zu übernehmen.

Leipzig hat die Schaffung eines Dienstvertrages für die Angestellten des Verbandes angeregt.

Nach Erledigung einiger weiterer Sachen schließt die Tagung.

Eingefandt.

Ja oder Nein.

In den letzten Wochen sind in den Spalten unseres Verbandsorgans einige Stimmen laut geworden, die sich zum Teil für und zum Teil gegen die Einführung einer Alters- und Invalidenversicherung ausgesprochen haben.

Wir haben bereits eine Anzahl Organisationen, die eine terrarige Versicherung seit einiger Zeit eingeführt haben oder sich mit der Einübung derselben außerordentlich stark beschäftigen.

Damit man mich nicht falsch versteht: Natürlich hat der Staat, oder sogar die Allgemeinheit, die Verpflichtung, dem von der Arbeit Fernwärden zu helfen und ihm nicht nur sozial zu geben, daß es zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig ist.

Ah, unsere berechtigte Freude über den Ausfall der Wahlen wird schon etwas gedämpft, wenn wir daran denken, daß wir uns ja auf die Kommunisten noch weniger verlassen können als auf das Wetter im April.

um das Handwerkertum des 11. und 12. Jahrhunderts, das in seinem Rechtsverhältnis noch unter dem Bürgerium gestanden hatte, was in seiner Tributpflichtigkeit, in Kleiderordnungen und so vielem anderen zum Ausdruck kam.

Erst das Erstarken der Städte brachte hier gewisse Veränderungen und brachte auch den Handwerkern die Möglichkeit eines Zusammenstehens, brachte einen Schutzwall, den auch die Obrigkeiten nicht mehr ignorieren konnten.

Aber während auf der einen Seite sich ein gewisser Schutzwall um die reinen Handwerksberufe legte, waren auf der anderen Seite diejenigen, deren Tätigkeit auf

Amelioses ist mit einer harten Arbeiteremigration in Parlament schon viel gewonnen. Dem Gedanken einer besseren Sozialgesetzgebung kann ein größerer Nachdruck verliehen werden.

Wir sehen also aus dem schon hier Gesagten, daß wir mit der Formel: der Staat hat die Verpflichtung für die Opfer der Wirtschaftskrise, für das Alter, zu sorgen, nicht allzu weit kommen werden.

Es ist auch nicht wahr, daß die Kampfkraft der Organisation sinkt, wenn neue, weitere Unterhaltungsleistungen geschaffen werden. Sehen wir uns doch das Leben des Arbeiters an, wie immer wieder sein Dasein danach geht für sich und die Seinen einen Schutz im Alter zu haben.

Sülberg-Hamburg hatte in seinem Artikel „Altersversicherung“ in Nr. 9 des Verbandsorgans durchaus recht, wenn er auf die Tatist der gewerkschaftlichen Organisationen hinwies, die solche Einrichtungen schon lange Jahre besitzen, und wo es unangehöriger immer fällt, den einen oder anderen in eine freigeberliche Organisation herüberzuführen.

einem anderen Gebiete lag, und die ihrer zu wenige waren, um sich selbst zu schützen, einer gewissen Verachtung preisgegeben. Es ist bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß eine gewisse Reihe von Gewerben, wie: Büttel, Schenken, Scharfrichter, Schäfer, Stadtpfeifer und andere als „unehrlich“ galten, daß sie und deren Kinder zu einem „ehrlichen“ Handwerk nicht zugelassen waren.

Die weit die Rechtschaffenheit aber gerade für die untergeordneten Berufe ging, neht auch daraus hervor, daß in der Ueberlieferung der Dresdener Scharfrichterartikel gesagt wird: „Nur verließen dem Scharfrichter seine die arbeitslose, durch die so vollkommen Begüterten für den niederen Menschen selbst zum Ausdruck gebracht während aufgestellt wurden, um diese dann von der Obrigkeit „sfirmieren“, das heißt begünstigen zu lassen, handelt es sich hier um ein starrtes Recht der Obrigkeit, um dem der, das es anecht, nichts zu lazen hat.

Als oberstes Gebot wird in dem ersten dieser Artikel gesagt: „das er sich selbst seinem gefinde mit den bürgerlichen nicht solle zu gemein machen“, worin schon von vorn herein die ganze Richtung des Menschen zum Ausdruck kommt.

(Schluß folgt)



FÜR UNSERE FRAUEN UND MÄDCHEN

Die Frau als Lohnrücker.

Die deutsche Arbeiterkassette steht im schärfsten Kampf um ausreichenden Lohn und erträgliche Arbeitsbedingungen. Sie muß diesen Kampf führen gegen das fest zusammengebaute Unternehmertum, das seine Macht beruht, um den Aufstieg der arbeitenden Bevölkerung aufzuhalten. Die Arbeiterkassette und vor allem die auf Erwerbsarbeit angewiesenen Frauen haben alle Veranlassung, dieser Auseinandersetzung das größte Interesse zuzuwenden. Es darf von den Frauen nicht erklärt werden, wie man es selber so oft zu hören bekommt: „Wir überlassen das den Männern und schicken uns ihnen an.“ Gerade die Frau muß hier ihr gewichtiges Wort und ihre Tat mit in die Waagschale werfen, denn sie ist es, die für die Verteilung des täglichen Brotes in der Familie zu sorgen hat. Neben den ledigen weiblichen Arbeitskräften steht ein beträchtlicher Teil verheirateter Frauen im Erwerbsleben, deren Männer ebenfalls arbeiten. Diesen weiblichen Arbeitskräften wird oft der Vorwurf gemacht, sie seien Lohnrücker. Der Lohn für die Frauenarbeit beträgt in der Regel die Hälfte bis zwei Drittel des durchschnittlich weiblichen Männerlohnes. Die Arbeitgeber begründen diese geringere Entlohnung mit der angeblich viel leichteren Frauenarbeit. Dabei sind die Fälle gar nicht selten, wo die Arbeitspreise für Arbeiter, die bisher von Männern geleistet wurden, in dem Augenblick herabgesetzt wurden, wo weibliche Arbeitskräfte mit dieser Arbeit betraut wurden.

An diesem Zustand sind die Frauen in ihrer Wehrhaft nicht ganz unschuldig. Sie tragen einen großen Teil der Schuld daran, daß sie billig arbeiten müssen und als Lohnrücker verwendet werden. Oft sind sie nicht genügend organisiert, und was das nicht zutrifft, nehmen sie keinen inneren Anteil an der Gewerkschaftsbewegung.

Es wäre jedoch falsch, den weiblichen Arbeitskräften die alleinige Schuld an diesem Zustand beizumessen. Sie leiden sehr stark unter der Tradition vieler Vorkriegsberufe. Die Arbeit der Frauen umfaßt früher hauptsächlich die Tätigkeit für die Hauswirtschaft, Frauenarbeit gegen Entlohnung war eine weniger blühende Erscheinung, das Entgelt bestand weniger in Barlohn als in Gewährung von Nahrung, Kleidung und Obdachs. Diese, aus Tradition und Ehrgefühl, die Mutterpflicht beeinflusste Stellung der Frau im Erwerbsleben hemmt auch das Erkennen des materiellen und idealen Wertes ihrer Arbeit und begünstigt die lohnbrückende Wirkung der Frauenarbeit.

Die gewerkschaftliche Organisation hat zwar die Löhne der Frauen erhöht, aber die nahezu überall gleiche Differenz zwischen Frauen- und Männerlöhnen nicht beseitigt. Auf eine Ausschüttung dieser Differenz ist nur zu rechnen, wenn es gelingt, dem gewerkschaftlichen Grundlag: Gleichem Lohn für gleiche Leistung, auch für die Bemessung der Frauenlöhne Geltung zu verschaffen. Die Differenz zwischen Männer- und Frauenlöhnen, dann wird in der Zukunft Frauenarbeit in noch höherem Maße als jetzt schon lohnbrückende Arbeit sein. Solange es an Gewerkschaften, die diese Gefahr zu beseitigen, so würden in zahlreichen Fällen die Voraussetzungen fortfallen — das heißt die zu niedrigen Löhne der Männer — die heute vielfach die Frauen zum Erwerbsleben zwingen.

Die schädigende Wirkung unzureichender Frauenentlohnung läßt sich nur durch die Organisation aller im Erwerbsleben lebenden weiblichen Arbeitskräfte be-

seitigen. Alle weiblichen Arbeiter, ganz gleich, ob ledig, verheiratet oder verwitwet, müssen es sich zur Lebensaufgabe machen, ihrer Berufsorganisation beizutreten, um Seite an Seite mit den männlichen Arbeitskollegen für eine bessere Lebensmöglichkeit und für eine fortgesetzte Zukunft zu kämpfen.

Die Frauen im Reichstag.

Von 31 Frauen 19 Sozialdemokratischen.

Nur durch den Sieg der Sozialdemokratie ist ein stärkerer Rückgang der Frauen im Deutschen Reichstag verhindert worden, denn selbst bei den großen Rechtsparteien ist die Anzahl der weiblichen Abgeordneten erheblich gefallen. Es weisen Frauen auf:

Deutschnationale Fraktion	2
Deutsche Volkspartei	2
Zentrum	2
Demokraten	2
Kommunisten	3
Sozialdemokraten	19

Auf der Linken sitzen 22 Frauen, auf der Rechten 4, bei den Mittelparteien (Demokraten und Zentrum) 5. Folgende Parteien haben Frauen überhaupt nicht aufgestellt: Christlichsozialer, Nationalsozialistischer, Deutsche und Christlichnationaler Bauernpartei, Weissen und Aufwertungspartei. Die Bayerische Volkspartei hat ihren einzigen weiblichen Abgeordneten durch ihren Stimmverzicht verloren.

Das Leben der Unorganisierten.

Welch furchtbare Lebensverhältnisse mit einem Tiefstand organisatorischen Lebens vorhanden sind, beweisen uns die Arbeitsverhältnisse von Tausenden japanischer Frauen und Mädchen. Der große Aufschwung der Textilindustrie Japans in neuester Zeit hat dort eine ungeheure Zunahme an weiblichen Arbeitskräften zur Folge gehabt, der ein gleich starkes Wachstum organisatorischen Lebens nicht gefolgt ist. Die bedauerlichsten Auswirkungen dieser Nachkriegszeit, die der Kapitalismus auf diese Weise bekommen hat, beleuchtet in lehrreicher Weise eine Arbeit von Teruko Ino, Archiv für Frauenkunde und Konstitutionsforschung, 80. Band, der Arbeiterkassette sind danach Frauen und Mädchen II noch nicht 16 Jahre alt. Ohne jede Rücksicht auf das Wesen und die Natur der Frau werden die armen Menschen ausbeutet. Die 10- bis 12stündige Arbeitszeit ist die Regel. Dazu kommt noch häufig Nachtarbeit. Der Kapitalismus sucht die weiblichen Arbeitskräfte vor allem auf dem Lande. Da werden sie angeworben und dann in Heime gebracht, die mit den Werken verbunden sind. Das Leben der Arbeiterinnen ist somit ein Existenzkampf schmerzlicher Art, denn es heißt ausdrücklich in dieser wissenschaftlichen Arbeit, daß die Verpflegung schlecht ist. Doch die Tuberkulose dabei stark verbreitet ist, wundern noch außerdem nicht. Auch nicht, daß die Arbeiterin, wie Teruko schreibt, in ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung stark gehemmt ist. Raturlich ist von Schwangerschaften auch nicht die Spur vorhanden und die Arbeit bis zum Tode der Niederkunft ist allgemeine Regel. — So ist das soziale Leben, wenn der Macht nicht eine Macht gegenübersteht.

Peter und seine Mutter.

Von einer Mutter wurde die nachstehende kleine Geschichte aufgeschrieben, die für alle gut zu lesen und zum Nachdenken ist.

Peter hörte eines Tages seinen Vater über eine Rechnung sprechen, die bezahlt werden mußte. Dabei fiel ihm der Gedanke auf, auch einmal eine Rechnung für seine Mutter aufzustellen für die kleinen Dienste, die er ihr leistete. Eines Tages fand die Mutter nun folgende Rechnung neben ihrem Teller liegen:

Die Mutter schubtel ihrem Peter:

Für Einholen vom Konium	20 Pf.
Für Belohnung der Bräute zur Post	10 Pf.
Weil er stets ein guter Junge gewesen	10 Pf.
Für das Holen von Milch	20 Pf.
Zusammen	60 Pf.

Peters Mutter sagte nichts, doch fand er abends bei seinem Teller einen Betrag von 60 Pf. vor. Zufrieden hefte er das Geld in die Tasche, doch fand er bei seinem Teller auch eine Rechnung seiner Mutter.

Peter schubtel seiner Mutter:

Für 10 glückliche Jahre in ihrem Hause	nichts
Für 10 Jahre Essen und Trinken erhalten zu haben	nichts
Für Pflege während seiner Krankheit	nichts
Dafür, daß er stets eine gute Mutter hatte	nichts
Zusammen	nichts

Peter las die Rechnung und schwieg. Nach einer Weile über schlich er an die Seite der Mutter, daß sein Gesicht in ihren Schoß und hefte die 60 Pf. vorsichtig in Mutters Schürzentasche. (Aus „Konjunktionsheft“.)

Warum gibt es so viele kranke Frauen?

Mit einem Anhang über Methoden und Mittel zur Verhütung der Schwangerschaft. Von Hermann Bock. Mit 13 Abbildungen. 2. Auflage. 40 Seiten. Preis 50 Pf. Verlag des Verbandes „Volksgeundheit“. Dresden-V. Am Schleichhaus 17.

Warum gibt es so viele kranke Frauen? Ist eine Frage, die oft gestellt wird. Im vorliegenden Schriftchen wird sie ausführlich beantwortet. Der Verfasser gibt darauf eine vierfache Antwort: 1. Weil es so viele kranke Kinder, kranke Mädchen gibt. 2. Weil so viele Mädchen und Frauen eine bewegungsarme Lebensweise führen müssen. 3. Weil an viele Frauen zu große Anforderungen in geschlechtlicher Beziehung gestellt werden. (zu häufiges Schwangerschaften.) 4. Weil so viele Mädchen und Frauen von geschlechtskranken Männern angezogen werden. 5. Weil so viele Mädchen und Frauen sich zu sehr abstraken müssen. Überzeugend weist der Verfasser nach, daß diese Lebensstände hauptsächlich in unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung begründet sind und darum nur durch die Beseitigung derselben im Sinne des Sozialismus beseitigt werden können.

Um die Beantwortung der Frage: Warum gibt es so viele kranke Frauen? dem Verständnis möglichst nahe zu bringen, hat der Verfasser den Bau des weiblichen Geschlechtsapparats und das Wesen der Frauenfruchtbarkeit erläutert und durch zahlreiche Abbildungen veranschaulicht. Ein Anhang über Mittel und Methoden zur Verhütung der Schwangerschaft schließt das Schriftchen.

Korrespondenzen

Heilbronn. Den Kollegen zur Warnung. Bericht der Verammlung vom 8. Juni 1928 im „Wilben Mann“. In einer gutbesuchten Verammlung sprach der Vorsitzende James über die politische und wirtschaftliche Lage, streifte dabei auch den Ausfall der Reichs- und Landtagswahlen. Die Mandate der linksgerichteten Parteien seien immer noch nicht so groß, um eine Regierung zu bilden, die der Volkswirtschaft entspreche, das zeig am besten die württembergische Regierung. Darauf ging der Vorsitzende dazu über, die Differenzen bei der Firma Drauz nochmals durchzunehmen, um daraus zu lernen, damit man bei zukünftigen Fällen besser gewappnet ist gegen die abtugenden Behauptungen der Firma. Die Kollegen zeigten ein reges Interesse an der Aussprache. Die Firma verlor die Intimitäten der angereisten Kollegen anzunehmen. Auf die Interate der Firma meinten sich auch Kollegen, die sich in der Branche gar nicht auskennen. Die Folgen davon sind, daß die Kollegen nicht einmal sozial verbieten, als sie zum notwendigsten Lebensunterhalt brauchen. Kollege Hartung führte aus, daß Besserungen bei Verhandlungen leichter erlangen als nachher gehalten werden. Da immer Kollegen darunter sind, die es am nötigen Mut und an der Gewandtheit fehlen lassen Kollege Müller führte aus, daß die Firma Leute entlassen habe usw., auch die Verteidigung sei erwidert worden, die Abteilungen seien zu stark auseinandergerissen. Ein Kollege fragte an, warum kein

Artikel über diese Zustände in der Zeitung erschienen sei, damit die Kollegen vor auswärtig vor solchen Firmen gewarnt würden. Der Vorsitzende gibt bekannt, daß dieser Versuch gemacht wurde und verlas die Korrespondenz mit der Hauptverwaltung. Sodann berichtet er der Verammlung von dem traurigen Los der entlassenen Kollegen von der Firma Drauz, die zu ihm kommen und ihn bitten, etwas zu unternehmen, damit sie zu ihrem Recht kommen. Hier zeigt sich so richtig das lehrstüchtige Spiel der Firma. Als der Vorsitzende bei den Verhandlungen die überlittenen Einstellungen der Firma streifte, erhielt er als Antwort, daß sie noch 20 Mann brauchen könne, und nach drei Wochen zeigte es sich, daß die Firma genötigt war, Leute zu entlassen. Der Vorsitzende kritisiert das Verhalten der Kollegen, die zu bequem sind, ehe sie noch auswärtig Arbeit annehmen, zuvor sich bei der dortigen Verwaltung zu erkundigen. Auch bei der Einstellung verhalten sie sich nicht so, wie es in ihrem eigenen Interesse liegen sollte. Diese Fälle haben gezeigt, daß die Kollegen durch eigenes Verschulden keine Handhabe und keine Beweise haben, wie lange ihre Arbeit dauern und wie hoch ihr Lohn sein soll. Es geben noch weitere Kollegen zu, auch sie hätten bei der Einstellung die Zustimmung der Firma abgegeben, die meistens auf dauernde Arbeit und hohen Lohn, 1,10 bis 1,20 Mk., lautet. Die Verammlung lag aus diesen Umständen die dringende Notwendigkeit, einen Bericht in die Zeitung zu geben, damit es den anderen Kollegen zur Warnung dienen soll. Der Vorsitzende kritisierte noch die Einführung einer Altersversicherung im Verband, was von der Verammlung lebhaft begrüßt wurde, vor allem von den älteren Kollegen. Zum Schluß wird noch ein Auszug

der andere? Warum soll er aller Rechte verlustig gehen in dem Augenblicke, wo ihn die Verhältnisse des Wirtschaftens zwingen, sich einen anderen Erwerb zu suchen? Hier klafft eine Lücke, eine Lücke, die wir bisher in allen höchsten Verbänden, die die gleiche Einrichtung haben oder bestreben, auch vorfinden, die aber trotzdem ein der größten Härten bleibt. Solange nicht durch den Beschluß eines Gewerkschaftsorgans alle Organisationen verpflichtet werden, derartige Einrichtungen zu schaffen, wird diese Härte immer zu verschärfen sein, die in irgendeiner Form ausgeglichen werden muß. Vielleicht wird der Vorstand, um diese Differenz auszugleichen, solange andere Voraussetzungen nicht bestehen, dazu kommen müssen, bei Ausschidungsfällen und dem Hinderwechseln in eine andere Organisation ohne Altersversicherung entweder eine gewisse Bauzahlsumme zur Auszahlung zu bringen, oder dem Betroffenen die Möglichkeit der freiwilligen Weiterversicherung geben.

Die Antwort auf diese Frage scheint mir eine der wichtigsten Fragen zu sein, weil gerade unter der Unbill der Wirtschaftsverhältnisse ganz besonders zu leiden hat. Ich möchte den Rahmen der möglichen Ausführungen nicht allzu weit überspannen, trotzdem zu den inneren Ausgestaltung noch manches zu sagen wäre. Bestimmt, trotz aller Hindernisse, die auf dem Gebiete der Wege liegen, doch die Tatsache, daß der Gebanke der Einführung einer Anwarts- und Altersversicherung gut ist und daß wir deshalb auf die Frage, ob wir sie schaffen sollen, mit einem großen Ja antworten können. Schärer, Dresden.

nach Könenstein besprochen, Tag und Zeit werden nach befanntgegeben. Durchdrungen von der Wichtigkeit der Aussprache und Zustimmung ging die Versammlung gegen 12 Uhr auseinander. Eugen Würz, Schriftführer.

Die Arbeitslosigkeit in den europäischen Ländern.

Nach dem Bericht des Instituts für Konjunkturforschung liegt der Gesamtumfang der europäischen Arbeitslosigkeit gegenwärtig etwa auf der gleichen Höhe wie zu Anfang 1925, zum großen Teil infolge der hohen Zahl der Arbeitslosen in England, deren Wiedereingliederung in den Wirtschaftsprozess bis jetzt noch nicht möglich war. Dabei hatte die Gesamtbeschäftigung bis zum Frühjahr 1926 noch erheblich zugenommen, während sie in den nächsten anderthalb Jahren mit fortschreitender Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeit in den Hauptländern beträchtlich zurückging. Das in den Wintermonaten festzustellende Anwachsen der Arbeitslosenzahlen erklärt sich größtenteils aus jahreszeitlichen Einflüssen.

Was die Bewegung in den einzelnen Ländern anbetrifft, so nimmt die Arbeitslosigkeit in Deutschland, Österreich, Polen und Tschechoslowakei einen ähnlichen, die Konjunktur widerspiegelnden Verlauf. Die Entwicklung in England wird durch den großen Streik im Frühjahr 1926 und seine langsame Überwindung bestimmt. In Frankreich und Italien üben Inflation und Stabilisierung einen starken Einfluss auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit aus. Während aber in Frankreich nach sprunghafter Steigerung im Winter 1926/27 die Zahl der Arbeitslosen (Sie ist etwa 5 bis 6 mal größer als die amtlichen Zahlen angeben) infolge der Konjunkturbesserung im Laufe des Jahres 1927 erheblich sinkt, hat die Arbeitslosigkeit in Italien unter dem Einfluss der fortwährenden Depression ständig zugenommen.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende Mai 1928.

Im Mai wurde in der Geschäftstätigkeit einzelner Branchen ein Rückgang festgestellt, der durch andere, besser beschäftigte Branchen nicht ausgeglichen werden konnte. Die Gesamtbeschäftigung hat gegen April eine weitere Verschlechterung erfahren. Von 155 Verwaltungsstellen mit 24 015 männlichen und 5785 weiblichen, zusammen 29 800 Verbandsmitgliedern waren Ende Mai arbeitslos 3720 männliche oder 15,5 Proz. gegen 15 Proz. Ende April und 782 weibliche oder 13,5 Proz. gegen 10,9 Proz. Ende April, insgesamt 4478 oder 15,0 Proz. gegen 14,6 Proz. Ende April und 14,2 Proz. Ende März d. J.

Table with columns: Ort, Beschäftigte, Arbeitslos, Prozent, etc. Rows include Ostpreußen, Ostpreußen, Ostpreußen, Ostpreußen, Ostpreußen, Ostpreußen, Ostpreußen, Ostpreußen, Ostpreußen, Ostpreußen.

Gesamtverband 155 24015 5785 3720 752 4478 15,0 26 742 77

Table with columns: Stunden, männl., weibl., zus., Prozent Ende März, April, Mai. Rows include 1 bis 8 Stunden, 9 bis 16 Stunden, 17 bis 24 Stunden, über 24 Stunden.

Age des Arbeitsmarktes in Offenbach a. M. Es waren Arbeitssuchende vorhanden:

Table with columns: Sattler, Portefeulter, 4. B., 11. B., 12. B., 22. B., 1. A.

Abrechnung für das erste Quartal 1928.

Das langsame, jedoch stetige Anwachsen unseres Verbandes hat sich auch im ersten Quartal d. J. fortgesetzt. Die Mitgliederzahl stieg von 24 148 männlichen und 5470 weiblichen, zusammen 29 618 Mitgliedern Ende 1927 auf 24 614 männliche und 5660 weibliche, zusammen 30 274 Mitglieder am Schluss des ersten Quartals 1928. Überdies ist die Situation immer noch sehr groß. 2868 Junglingen fanden gegenüber 2179 Abgängen infolge Ausstufung wegen rückfälliger Beiträge, Uebertritt zu anderen Verbänden usw. Gestorben sind 31 Mitglieder. An Beitragsmarken wurden umgelegt: à 1,20 RM. 94 678, à 1 RM. 70 656, à 0,80 RM. 44 934, à 0,60 RM. 40 162, à 0,40 RM. 24 178, à 0,25 RM. 9773, und à 0,10 RM. 15 798.

Table with columns: Bestand vom 31. Dezember 1927, Einbehalten der Dreie, Von der Bank erhoben, Zinsen, Abzinsen und Inzinsen, Aufwertung, Verschiedene Einnahmen, RM.

Table with columns: Ausgaben der Hauptkasse, Agitation, Zeitung, Verwaltungskosten (persönliche), Verwaltungskosten (sächliche), Lohnbewegungen, Streifenunterstützung, Rechtschutz, Banteinzahlungen, Kapitalanlagen, Zuschuß an die Verwaltungsstellen, Hypotheken, Rückvergütungen von Zeitungsabonnements, Unterstützungsstelle, Volksfürsorge, Konferenzen, Gewerkschaftsbund, Verschiedene Ausgaben, Bestand, RM.

Table with columns: Die Totalkassen verausgaben für Rechnung der Hauptkasse, Reiseunterstützung, Arbeitslosenunterstützung, Krankenunterstützung, Beerdigungsbeihilfe, RM.

Table with columns: Einnahmen der Totalkassen, Bestand vom 31. Dezember 1927, Prozente der Beiträge, Totale Beitragszuschläge, An Erwerblosenmarken, Zinsen, Sonstige Einnahmen, RM.

Table with columns: Ausgaben der Totalkassen, Agitation, Entschädigung der Ortsverwaltung, Gehalt für Angestellte, Sonstige Entschädigungen, Sitzungsgeld, Miete usw., Bureauausfließen, Kartell- und Sekretariatsbeiträge, Arbeitsnachweise, Bibliothek, Konferenzen, Beitragsmarken an Erwerblose, Lohnbewegungen, Streifenunterstützung, Gemahregeltenunterstützung, Totale Notfallunterstützung, Zuwendungen an andere Organisationen, Bestand für das zweite Quartal 1928, RM.

Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug am Schluß des ersten Quartals 1928: in der Hauptkasse 597 555,00 in den Totalkassen 245 718,61 Insgesamt: 843 274,57

Nus der Gewerkschaftsbewegung

Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten M.-G. Der Direktor Bern Meyer ist aus dem Vorstand der Bank ausgeschieden. Er war seit 1925 zunächst alleiniger Leiter der Arbeiterbank und ihrer Vorgängerin, der Deutschen Kapitalverwertungsgesellschaft m. b. H., bis Anfang 1925 neben ihm noch Direktor Dr. Bachem in den Vorstand berufen wurde. Letzterer wird nunmehr, bis für Bern Meyer ein neues Vorstandsmitglied bestellt ist, die Bank allein leiten. Der Austritt von Bern Meyer ist mit Zustimmung des Aufsichtsrates erfolgt. In der Öffentlichkeit sind daran Vermutungen geknüpft worden, als ob interne Streitigkeiten über die Geschäfte der Bank und ihre zukünftige Tätigkeit bestanden hätten. Diese Vermutungen treffen jedoch ungenau. Die Bank wird ihre leitende Geschäftsbahn abgeben, als ihre erfreuliche Aufwärtsentwicklung und auch ihr gegenwärtiger günstiger Stand dazu keinerlei Anlaß bieten.

Rundschau

Mag Schippel tot. Am 6. Juni starb im Alter von 68 Jahren einer der kenntnisreichsten und geistvollsten Alternaten der Sozialdemokratischen Partei, Mag Schippel. Er war ein Kämpfer für den Arbeitergedanken und wählte ihn Thema in den Reden. Schippel war auch längere Zeit Sekretär der sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften. Er hat handlungsreich geschrieben. In Schippel verliert die deutsche Arbeiterchaft einen klaren Denker und gelebten Kämpfer.

Zu gleicher Zeit kommt die Kunde, daß Paul Göhr, der frühere Führer und spätere preussische Staatssekretär, im Alter von 64 Jahren gestorben ist. 26 Jahre alt, legte Göhr den Amorsrod als Hilsgeistlicher ab und ging, ein damals ungewöhnliches Ereignis, als Fabrikarbeiter und Handwertarbeiter, um die Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen persönlich kennenzulernen. Seine Eindrücke legte er nieder in dem Buch: 'Drei Monate Fabrikarbeiter und Handwertarbeiter', das seinerzeit ungeheures Aufsehen erregte. Später kam Göhr zur Sozialdemokratie und wurde 1909 in den Reichstag gewählt. Wir ehren in ihm den aufrichtigen Menschen und treuen Freund der Arbeiterchaft.

Kongress des Deutschen Esperanto-Bundes. (Esperanto-Dienst). Der 17. Kongress des Deutschen Esperanto-Bundes findet zu Pfingsten in Potsdam statt. Kongresspräsident Hildegard Nidel, Potsdam, Blücherstraße 2. Kongressbeitrag ist 6 Mark. Der Kongress wird einen ausführlichen Bericht über die Arbeiten des Deutschen Esperanto-Bundes geben und die Richtlinien für die weitere Tätigkeit festlegen.

Verbindlichklärung

Abchrift. Der Reichsarbeitsminister Berlin NW 40, 9. Juni 1928. III b 3384/27 Jar. Schornhorststraße 35.

Betrifft: Allgemeinverbindlichklärung eines Nachtrages zum Tarifvertrag vom 17. September 1924 für gewerbliche Arbeitnehmer in Sattlereien (Handwerksbetrieben), im Preisstaat Sachsen gemäß § 2 der Tarifvertragsordnung in der Fassung vom 1. März 1928 (Reichsgebl. I S. 47).

Entscheidung. Der Nachtrag Nr. 8 (Lohnabkommen) vom 25. April 1928 zum allgemeinverbindlichen Tarifvertrage vom 17. September 1924 (Reichsgebl. 1924 Nr. 23 S. 428) wird für den gleichen beruflichen und räumlichen Geltungsbereich mit Wirkung vom 15. Mai 1928 für allgemeinverbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit des Nachtrages 7 vom 27. September 1927 tritt mit dem Ablauf außer Kraft. Im Auftrage: Ges. Dr. Busse. Beglaubigt: Ministerialkanzleisekretär.

Verbandsnachrichten

(Befanntmachungen des Vorstandes der Ortsverwaltungen) Vom 18. Juni bis 24. Juni 1928 ist der 25. Wochenbeitrag fällig. Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

In seiner Sitzung vom 10. Juni 1928 hat der erweiterte Vorstand die Kollegen Peter Blum und Paul Kleinhans als Delegierte zum Gewerkschaftskongress gewählt. Der Hauptvorstand.

Auf eine 25jährige und längere Mitgliedschaft in unserem Verband können nachstehende Mitglieder der Ortsverwaltung Brandenburg a. H. zurückblicken:

Table with columns: Name, Mitgliedszeit, Jahr, Beruf. Rows include Richard Grubbe, Kar Bessin, Franz Nordhoff, Otto Bessler, Emil Schacht, Otto Hünte, Friedrich Wallerstein, Karl Fischer, Ernst Thelemann, Otto Wegel, Paul Lehmann.

Veranstaltungskalender

Mittw. a. Rh. Achtung! Schiffstour auf dem Rhein. Am Sonntag, dem 15. Juni machen die Kolleginnen und Kollegen von Köln gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Gau Rheinhland-Westfalen eine Fahrt auf dem Rhein von Köln nach Aarg und zurück. An Bord befinden sich zwei Musikkapellen und sonstige Unterhaltungstruppen. Teilnahmearten zum Preise von 3,00 RM (Kinder 1,50 RM) sind bei den Vertrauensleuten und dem Verbandsbureau zu haben. Zahlreiche Beteiligungen erwartet die Festleitung. Die Ortsverwaltung Elbing feiert am 8. Juli 1928 22. Stiftungsfest verbunden mit Panzerweihe. Die Kollegen der benachbarten Ortsverwaltungen sind herzlich eingeladen.

Sterbetafel

Berlin. Am 6. Juni starb unser Kollege, der Sattler Robert Goldbach, im Alter von 60 Jahren. Goldbach war 29 Jahre Mitglied unserer Organisation. Am 10. Juni starb unser Kollege, der Lepphager Theodor Runtel im Alter von 71 Jahren. Delmenhorst. Am 30. Mai starb unser junger Kollege, der Lehrling Paul Thomae im Alter von 16 Jahren. Offenbach a. M. Am 10. Juni starb unser Mitglied, der Portefeulter Gerhard Battenberg im 61. Lebensjahr, nach 27jähriger Mitgliedschaft. Am 11. Juni starb unser Mitglied, der Portefeulter Gottlieb Heiler im 59. Lebensjahr, nach 27jähriger Mitgliedschaft. Ehre ihrem Andenken!